

Geroltstraße 24

Joseph Zott

geboren 16.03.1901
in München,
inhaftiert 04.08.1939 im
Gestapogefängnis München,
hingerichtet 15.01.1945
im Zuchthaus
Brandenburg-Görden

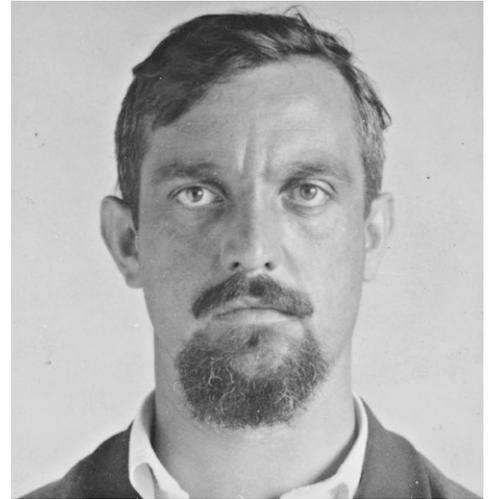


Foto: Bundesarchiv Berlin, NJ 1245 BD 11

Joseph (Josef) Zott wurde am 16. März 1901 in einer katholischen Münchner Arbeiterfamilie geboren und wuchs zusammen mit einer Schwester und einem Bruder in München auf. Er erlernte das Schreinerhandwerk und war seit 1925 als Arbeiter bei der Stadt München tätig, seit 1927 als Bauaufseher. Im gleichen Jahr heiratete er in der Münchner Frauenkirche die am 27.3.1892 in Wasserburg geborene Bettina Kohrherr; die Ehe blieb kinderlos. Ihre Wohnung hatten sie im Münchner Westend im 1. Stock der Geroltstraße 24.

Gewerkschaftlich organisierte er sich seit 1925 im „Verband der Gemeinde und Staatsarbeiter“ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, aus dem er aber – nach eigenen Angaben bei Vernehmungen durch die Gestapo – 1927 ausgeschlossen wurde, weil er mit den gewerkschaftlichen Gleichheitskonzepten nicht einverstanden war; deshalb trat er dem Münchner Gemeindearbeiterbund bei. 1932 wurde Zott Mitglied der Bayerischen Volkspartei und deren Wehrorganisation „Bayernwacht“, für die er sich als Gauführer im Abschnitt München-West betätigte.

Schon wenige Wochen nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Reich wurde mit der Gleichschaltung Bayerns Anfang März 1933 deutlich, dass – nach Kommunisten, Gewerkschaftern und Sozialdemokraten – auch das katholisch-konservative Spektrum von den Nationalsozialisten als Gegner betrachtet wurde. Führende Mitglieder der Volkspartei und der Bayernwacht wurden meist kurzzeitig zur Abschreckung in Schutzhaft genommen, die Organisationen schließlich verboten bzw. zur Selbstauflösung gedrängt. Diese Kapitulation ohne Gegenwehr war für viele Mitglieder enttäuschend.

Joseph Zott wurde am 30.9.1933 aufgrund des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7.4.1933, das auch für Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst galt, als politisch unzuverlässig fristlos entlassen, aber am 7.11.1933 von der Stadt München wiedereingestellt. Seit 1.1.1939 war er als Angestellter im unteren Dienst als Bauaufseher tätig.

Wie viele andere hielt Zott nach der Machtübernahme der Nazis Kontakt zu Gesinnungsfreunden, die ihre NS-kritische Haltung bewahrt hatten. So kam er auch in Kontakt mit der überzeugten Monarchistin des 1934 aufgelösten Bayerischen Heimat- und Königsbunds, Freiin von Stengel,

und dem ehemaligen BVP- und Bayernwachtmitglied Heinrich Weiss, Gärtner des Schlosses Nymphenburg. Beide wollten einen Kreis von heimat- und königstreuen Gleichgesinnten zum Gedankenaustausch aufbauen. In verschiedenen Gaststätten und in Wohnungen diskutierte die Gruppe, zu dem auch der Vertreter Seutter von Lötzen und der Rechtsanwalt Dr. Adolf Freiherr von Harnier stießen, die politische Entwicklung.

Bei Zott spielten von Anfang an sozialpolitische Überlegungen in der Tradition der katholischen Soziallehre und des christlichen Sozialismus eine wichtige Rolle. So brachte er im Sommer 1935 zu einem Treffen einen dreiseitigen Entwurf „Tausend Tage Drittes Reich“ mit, der die von den Nationalsozialisten versprochene Besserstellung der Arbeiterschaft als bloße Propaganda und Hitlers Wirtschaftspolitik als Betrug am Volk entlarvte. „Tausend Tage haben wir geschwiegen. Tausend Tage haben wir der Regierung Zeit gegeben, ihre 12-jährigen Versprechungen in die Tat umzusetzen [...] Tausend Tage unbestrittener Machtausnutzung sind vorbei, die Zeit der Abrechnung ist gekommen“ heißt es einleitend in dem Aufruf, der sich an alle antifaschistisch Denkenden, an alle Berufsgruppen, Arbeiter, Angestellte, Beamte, Bauern, Gewerbetreibende und sogar Industrielle wendet.

Zott suchte auch den Kontakt zur Arbeiterbewegung. Über einen Mitstreiter der früheren „Bayernwacht“ kam Joseph Zott in Kontakt mit Berthold Feuchtwanger, der ihn wiederum mit dem Leiter der illegalen KPD bekannt machte. Dieser besuchte ihn nun öfters in Zotts Wohnung und an seinem Arbeitsplatz auf den Baustellen. Um über eine mögliche Zusammenarbeit von Katholiken mit Kommunisten zu reden, fuhr Zott im Oktober 1935 zusammen mit Feuchtwanger und dem Kommunisten „Theo“ – so sein Deckname – nach Zürich zu Besprechungen mit dem dort tätigen ehemaligen Reichstagsabgeordneten Hans Beimler, der auch für die illegale Arbeit der KPD und der Roten Hilfe in Südbayern zuständig war. Beimler war recht angetan von einer möglichen Zusammenarbeit von rechts bis links im Sinne einer „Antifaschistischen Einheitsfront“ und erhoffte sich auch Hilfen für Familien von inhaftierten Münchnern durch katholische Kreise. Bei einem zweiten Treffen vier Wochen später vereinbarten sie, dass Zott den Entwurf seines Flugblatts „Tausend Tage“ über „Theo“ an Beimler schicken sollte, um dann eine hohe Auflage in der Schweiz drucken und wieder nach München transportieren zu lassen. Der Antwortbrief Beimlers mit einigen stilistischen Veränderungen des Aufrufs kam jedoch nie bei Zott an, denn er wurde von der Gestapo abgefangen. Der Hintergrund: „Theo“ war ein Spitzel, der bis 1936 Hunderte vor allem kommunistische NS-Gegner an die Gestapo verriet. Als zu befürchten war, dass er enttarnt würde, verließ er München, machte Zott aber mit einem monarchistisch orientierten Mann bekannt, der dann – ebenfalls Gestapo-Spitzel – ab 1937 in der engeren Führung der katholisch-monarchistischen Gruppe mitwirkte.

Zu diesem Zeitpunkt intensivierte der Widerstandskreis seine Aktivitäten wieder, die aufgrund einer kurzzeitigen Verhaftung der Frau von Stengel und der abgebrochenen Kontakte Zotts zu den Kommunisten einige Zeit geruht hatten. Die Gruppe sollte künftig straffer organisiert werden. Dr. Harnier koordinierte als „politischer“ Kopf die Gruppe, die Geschäftsführung und organisatorische

Leitung hatte Zott, ihm unterstanden Bezirksabschnitte in München und Ortsgruppen, die sich bald auch auf ganz Bayern ausdehnten. Zur Propagierung der konspirativen Arbeit unternahmen die führenden Personen zahlreiche PKW-Fahrten vor allem in Oberbayern, wo sie sich mit Freunden - getarnt als kleine gesellige Runden - besprachen. Die Finanzierung erfolgte mit Spenden, die durch kleine Fotos bayerischer Motive quittiert wurden.

Die Leiter trafen sich meist 14-tägig u.a. in Zotts Wohnung zu den Besprechungen über die politische Lage, die aggressive Außenpolitik und eigene Konzepte. Ziel war es, möglichst in ganz Bayern ein Netz von verlässlichen Gesinnungsfreunden aufzubauen, Informationen weiterzuleiten und damit für den Fall einer Krise des NS-Staates schnell wichtige Funktionen übernehmen zu können. Nach Zotts Vorstellungen sollte die künftige bayerische Monarchie Teil eines Staatenbundes – ohne Kaiser und ohne Dominanz Preußens - auf christlicher Grundlage sein; die Arbeiterschaft sollte eine weitgehende Mitbestimmung erhalten. In einem Entwurf zu „sozialwirtschaftlichen Zielen der monarchistischen Bewegung“ sprach sich Zott u.a. für die 36-Stunden-Woche, Festlegung von Höchstgehältern, Fürsorge für Landarbeiter, neue Sozialversicherung und für die Einrichtung von Genossenschaften auf dem Land aus, aber für die Beibehaltung der Privatwirtschaft. Diese Positionen teilten nicht alle, bestimmend blieb jedoch die gemeinsame Ablehnung der NS-Diktatur.

Sowohl aus Geldmangel wie auch aus Sicherheitsgründen wurde zunächst auf die Verteilung von Flugblättern oder das Anbringen von Klebezetteln verzichtet. Es entstanden aber eine Reihe von Entwürfen und Informationsschriften, teilweise auf Zotts Schreibmaschine und mit „Schmied von Kochel“ unterzeichnet, die aber nur intern weitergegeben wurden.

Die Gestapo München hatte eine Sonderkommission zu Monarchisten gebildet und einen umfangreichen Untersuchungsbericht erarbeitet. Über ihre Spitzel hatte sie genaue Kenntnisse, wartete aber bis 1939, um mehr Informationen und Namenslisten zu erhalten. Kurz vor Beginn des Zweiten Weltkriegs begannen die Verhaftungen. Dr. Harnier wurde noch am Abend des 3. August 1939, Joseph Zott und weitere leitende Mitglieder wurden am nächsten Tag verhaftet. In den Wochen darauf wuchs die Zahl auf 125 Personen. Joseph Zott wurde zunächst in die Ettstraße gebracht, am gleichen Tag zur Gestapo in das Wittelsbacher Palais zu Verhören, in denen Zott auch gefoltert wurde. Er blieb dort bis zum 11. November. Anschließend war Zott – ähnlich den acht weiteren Hauptbeschuldigten – bis zur Ausstellung des Haftbefehls als „Schutzhäftling“ im Gefängnis Stadelheim, dann ab Januar 1940 bis September 1944 zur Untersuchungshaft abwechselnd in den Anstalten Neudeck, Stadelheim und Cornelius.

Die Gestapo hatte gezielt in Richtung „Vorbereitung zum Hochverrat“ ermittelt, weshalb das Verfahren an den Volksgerichtshof in Berlin abgegeben wurde. Die Untersuchungen gegen die weniger Belasteten führten zur Entlassung des Großteils der Verhafteten bis Herbst 1943, da die zu erwartenden Strafen durch die Untersuchungshaft als gesühnt galten. Obwohl die Ermittlungen des Oberreichsanwalts beim VGH im Wesentlichen im Sommer 1940 abgeschlossen waren,

dauerte es bis April 1944, bis die neun Beschuldigten endlich die Anklageschrift erhielten. Wiederholt hatte Zotts Ehefrau Bettina, die selbst öfters von der Gestapo vernommen wurde, beim Volksgerichtshof über die die lange Untersuchungshaft ihres Mannes geklagt und um Haftentlassung nachgesucht. Die Anklage lautete u.a. auf Vorbereitung eines „gewaltsamen Umsturzes“ im „Rahmen einer illegalen Organisation“.

Nach viertägiger Verhandlung verurteilte der Volksgerichtshof im Münchner Justizpalast am 16. Juni 1944 die acht Angeklagten Adolf von Harnier, Heinrich Weiß, Heinrich Pflüger, Gebhard Fahrner, Wilhelm Seutter von Lötzen, Franz Fackler, Elisabeth Freiin von Stengel und den Kaplan Karl Schuster zu Freiheitsstrafen von zwei bis zehn Jahren Zuchthaus bzw. Gefängnis.

Vor der Urteilsverkündung gab das Gericht bekannt, dass der Prozess gegen Joseph Zott abgetrennt wird, weil ein Zeuge nicht rechtzeitig benachrichtigt werden konnte. Die Verhandlung gegen Joseph Zott fand dann am 26. Oktober 1944 in Berlin statt. Joseph Zott, der bereits am 16. September ins Gerichtsgefängnis Potsdam eingeliefert worden war, wurde wegen Vorbereitung zum „Hochverrat“ zum Tode und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte „für immer“ verurteilt. Als besonders belastend wurden nicht nur Zotts führende Rolle im Widerstandskreis sowie seine angebliche Befürwortung eines Attentats auf Hitler gewertet, sondern vor allem seine Kontakte mit Kommunisten auch im Ausland; das nimmt im Urteil breiten Raum ein. Der Zeuge der Anklage war auch zu diesem Prozess nicht erschienen; dem Gericht genügten dessen schriftliche Erkenntnisse: Es waren die des Gestapospitzels „Theo“ alias Max Troll.

Joseph Zott wurde vom Landgerichtsgefängnis Potsdam ins Zuchthaus Brandenburg überstellt und dort am 15. Januar 1945 um 13.10 mit dem Fallbeil hingerichtet. Alle Gnadengesuche von Bettina Zott waren erfolglos geblieben.

Friedbert Mühlendorfer

Quellen:

- Anklage 7J 32/44 gegen Dr. Harnier und andere, in: Widerstand als „Hochverrat“ 1933-1945. Die Verfahren gegen deutsche Reichsangehörige vor dem Reichsgericht, dem Volksgerichtshof und dem Reichskriegsgericht. Mikrofiche-Edition, hg. v. Institut für Zeitgeschichte, München, Bearb. v. Jürgen Zarusky und Hartmut Mehringer, München 1995.
- Urteil 6 H 92/44 – 7 J 32/44 gegen Dr. Harnier u.a., in: ebd.
- Urteil 6H 205/44 -- 7J 128/44 gegen Zott, in: ebd.
- Staatspolizeileitstelle München: „Die illegale monarchistische Bewegung in Bayern“, Oktober 1939, Stadtarchiv München, PolDir, Weintz-Bericht.
- Landesamt für Finanzen, Landesentschädigungsamt, EG 40235/Bettina Zott.

Literatur:

- Martin Broszat u.a. (Hg.): Bayern in der NS-Zeit, Bd. V, Die Parteien KPD, SPD, BVP in Verfolgung und Widerstand, München-Wien 1983.
- Christina M. Förster: Der Harnier-Kreis. Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Bayern, Paderborn u.a. 1996.